

Begrüßung 29. Stadtverordnetenversammlung
Informationen zu den zurückliegenden Wochen.

- Flüchtlingsfrage
 - Keine neuen Informationen
- Am 11.04. fand der alljährliche „Kulturschock“ der Europaschule statt. Hier demonstrierten die Schülerinnen und Schüler, aber auch die Lehrer ihr Können im musikalischen Bereich.
- In der Schulkonferenz der Grundschule im Rosenpark vom 18.04 verständigten sich deren Mitglieder zum Ansinnen, den Beginn des Schulunterrichts zu verschieben. Im Ergebnis wurde dieser Vorschlag abgelehnt.
- Unser Frühlingsfest anlässlich des 1. Mai war auch in diesem Jahr ein großer Erfolg. Das Wetter spielte mit und das Programm fand wieder Anklang. Obwohl die Stadtverwaltung in diesem Jahr keine Mannschaft zum traditionellen Volleyballturnier der Vereine stellte, hatten die teilnehmenden Mannschaften viel Spaß und einen sportlichen Nachmittag am 1. Mai. Danke allen Beteiligten und Organisatoren.
- Die diesjährige Tour de Tolerance am 01.09. führt über Werneuchen. Erste Absprachen mit den Organisatoren haben stattgefunden. Der voraussichtliche Stopp in Werneuchen wird entweder auf dem Marktplatz oder bei der Feuerwehr sein.
- Die gemeinsame Arbeitsgruppe zum beabsichtigten Straßenbau in Stienitzaue hat bereits zweimal getagt. Leider spielen Formalien des Umgangs miteinander und die Diskussion zu Fragen die den Straßenbau allgemein angehen derzeit noch eine große Rolle. Erste inhaltliche Fragen, die bis zur nächsten Beratung geklärt sein sollen, wurden darüber hinaus vereinbart.
- Der diesjährige Stadtseniorentag führte die etwa 120 Teilnehmer nach Kremmen zum Spargelhof. Es ist immer wieder berührend, wenn man Menschen sieht, die sich darüber freuen, dass sie sich nach langer Zeit wieder treffen. Auch wenn unsere Ortsteile nicht so weit voneinander entfernt sind, ergeben sich für eine Begegnung im Alter neue Hürden. Neben interessanten Informationen zum Scheunenviertel in Kremmen und rund um den Spargel war es ein gemütliches Treffen unserer Seniorinnen und Senioren.
- Ein besonderes Treffen fand am 26.05. in unserer polnischen Partnergemeinde Dziwnow statt. Hier wurde der „Park der Freundschaft“ eingeweiht. Nach der grundhaften Erneuerung einer Parkanlage in Dziwnow, insbesondere für die hier weilenden Touristen, wurde ein Platz ausgewählt, der die Partnerschaftsbeziehungen dokumentiert. Für die Gemeinde Sosnowiec, eine Bergarbeitergemeinde, wurden zwei Loren mit den Stadtwappen aufgestellt, die Gemeinde Gorzow Wielkopolski stellte ein Speedway-Motorrad zur Verfügung, welches ein bekanntes Produkt aus dieser Region darstellt. Für die Stadt Werneuchen wurde eine mannshohe Nachbildung unserer Wappenlinde aus Edelstahl installiert. Ich soll Ihnen die besten Grüße aus Dziwnow übermitteln. Eine Delegation aus unserer Partnergemeinde wird vom 29.06. bis 01.07. anlässlich des 170. Jubiläums der Korporativen Schützengilde von 1848 e. V. und, des Regionalpark- und Stadtfestes anwesend sein. Ich bitte Sie, sehr geehrte Abgeordnete, sich für die Betreuung unserer polnischen Gäste mit zur Verfügung zu stellen. Wer Zeit und Interesse hat, meldet sich bitte direkt bei mir. Danke für Ihre Unterstützung bereits im Voraus.

Heutige Tagesordnung:

- Zunächst haben wir wieder die ehrenvolle Aufgabe, 6 Schülerinnen und Schüler der Grundschule im Rosenpark und der Europaschule Werneuchen für ihre vorbildlichen schulischen und außerschulischen Leistungen mit einer kleinen Prämie und einem Sachgeschenk zu ehren.
 - 1. Nachtragswirtschaftsplan für den Eigenbetrieb "Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung der Stadt Werneuchen" mit den Bestandteilen für den Wirtschaftsplan.
 - Schwerpunkte bilden:
 - der Neubau einer Reinwasserkammer
 - die Auswechslung überalterter und schadhafter Rohrleitungen
 - die Auswechslung von Revisionschächten im Abwasserbereich und
 - die Rekonstruktion von Pumpwerken, um dem steigenden Bedarf im Trinkwasserbereich zu entsprechen
 - 1. Nachtragshaushaltssatzung 2018
 - Anlass hierfür bilden:
 - Die erhöhte Schlüsselzuweisung um 415.00 €.
 - Die gleichzeitige Erhöhung der Kreisumlage um 205.00 €.
 - Die bereits in der Haushaltsdiskussion angesprochene Maßnahme zum barrierefreien Zugang zum Park in Tiefensee. Eigenanteil 18.000 €.
 - Die Erstellung eines Konzeptes für den Neu- bzw. Umbau des Feuerwehrgerätehauses in Krummensee unter Einbeziehung des Dorfgemeinschaftszentrums mit 16.000 €.
 - Die Errichtung einer Querungshilfe an der B 158 in Seefeld mit 15.000 € Planungskosten.
 - Die Sanierung des Festplatzes in Seefeld in Höhe von 36.000 €. Wobei es sich hier um die Entnahmen in gleicher Höhe der bisher für diese Vorhaben nicht verbrauchter Mittel aus dem Jahre 2016 handelt.
- Eine 2. Nachtragshaushaltssatzung ist bereits jetzt abzusehen, da die 2 Mio. für das Projekt Erweiterung der Grundschule in absehbarer Zeit durch den Landkreis bereitgestellt werden.
- Beschluss zur Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Bürgermeister.

- Hierzu wird es von mir keine Ausführungen geben und ich erkläre bereits jetzt zu diesem Tagesordnungspunkt meine Befangenheit.
 - Bestätigung der Eilentscheidung des Bürgermeisters über das zu fördernde Projekt im Rahmen der Mittel zur Verringerung von innerregionalen Entwicklungsunterschieden im Landkreis Barnim.
 - Wie in der letzten Stadtverordnetenversammlung vereinbart, habe ich diese Entscheidung zur Wahrung der Meldefrist an die Kreisverwaltung vorgenommen.
 - Einwohnerbefragung – Bildung von Ortsteilen
 - Obwohl wir uns in der letzten Stadtverordnetenversammlung darauf verständigten, dass die Entscheidung über den Wortlaut in der Hauptausschusssitzung getroffen werden sollte, konnte sich dieser nicht dazu durchringen.
 - Die neuen Hinweise habe ich versucht in das nun vorliegende Papier einzuarbeiten.
- Es folgen Beschlüsse zu städtebaulichen Verträgen und B-Plänen
- 2. Nachtrag zum Städtebaulichen Vertrag zum B-Plan „Energiepark Weesow-Willmersdorf“, 1. Änderung des B-Plan bilden einen inhaltlichen Komplex.
 - Das gleiche trifft auf den städtebaulichen Vertrag zum B-Plan „Siedlerweg Süd“ in Löhme und den Abwägungs- und Satzungsbeschluss zu diesem B-Plan-Gebiet zu.
 - 2. Entwurf des B-Plans „Krummenseer Chaussee“
 - Billigungs- und Offenlagebeschluss zum B-Plan „Wohngebiet Weißdornweg“
 - Als weiteren Komplex behandeln wir dann die Vorlagen zum städtebaulichen Vertrag „Wohngebiet Schillerstraße/Pommernstraße, den Abwägungs- und Feststellungsbeschluss zur Änderung des Flächennutzungsplanes zum B-Plan „Wohngebiet Schillerstraße/Pommernstraße und den Abwägungs- und Satzungsbeschluss zum B-Plan des selben Wohngebietes.
 - Anmietung eines /mehrerer Objekte in der Altstadt
 Durch die Wohnungsbaugesellschaft Werneuchen mbH liegen der Stadtverwaltung zwei Angebote zur Anmietung von Objekten (1. Am Markt 6 (Café), 2. Am Markt 6 (Remise)) vor. Sie räumt damit der Stadt Werneuchen die Möglichkeit eines bevorzugten Zugriffs ein, bevor eine Weitervermietung an andere Interessenten erfolgen soll.
 Für die Stadt Werneuchen bietet sich so die Möglichkeit, Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen, die eine barrierefreie Nutzung ermöglichen. Im Verhältnis dazu wären bauliche Veränderungen im Verwaltungsgebäude sowohl finanziell wie auch bautechnisch verhältnismäßig aufwendig. Mit der Anmietung des Cafés könnten die Sitzungen der Ausschüsse, kleinere Informationsveranstaltungen, Arbeitsberatungen u. ä. durchgeführt und auch den Wünschen und Nachfragen nach Trauungen in barrierefreien Räumen entsprochen werden.
 Für den Zeitraum des Baus des Multifunktionalgebäudes mit Mehrgenerationenansatz, könnte das Objekt vorübergehend auch als Ausweichmöglichkeit für den Jugendtreff genutzt werden. Auch die Nutzung im Rahmen des „Netzwerkes Gesunder Kinder“ für Krabbelgruppen im Vormittagsbereich wäre realisierbar. Für die Remise schließt das Jugendamt diese Form der Nutzung bereits aus.
 Die Anmietung der Remise stellt eine partielle Alternative für den Fall der Nichtanmietung des Cafés dar. Hier könnten Ausstellungen, Beratungen kleiner Teilnehmerkreise und barrierefreie Eheschließungen mit geringerer Teilnehmerzahl durchgeführt werden.
 Für die jeweilige Nutzungsänderung der Räumlichkeiten ist durch die Stadt Werneuchen ein Bauantrag zu stellen.
 - Erarbeitung einer kommunalen Richtlinie zur sozialgerechten Baulandentwicklung.
 Der Zuzug in die Bebauungsplangebiete der Stadt Werneuchen hat zu einem starken Anstieg der Einwohnerzahlen in Werneuchen und den Ortsteilen und somit auch zu Engpässen in den Kindertagesstätten und den Schulen geführt.
 Während die Stadt Werneuchen regelmäßig mit den Investoren städtebauliche Verträge abschließt, die die Herstellung und die Kostenübernahme der Erschließungsanlagen durch die Investoren regelt, wurden die sozialen Infrastrukturfolgekosten bislang allein von der Kommune übernommen.
 Dabei gibt es schon einige Beispiele in Brandenburger Kommunen, wo die Kosten für eine bedarfsgerechte soziale Infrastruktur durch angemessene Kostenbeteiligung an zu schaffenden Kita- oder Grundschulplätzen, aber auch die Verpflichtungen zu mietpreisgebundenem und belegungsgebundenem Wohnungsbau von den Investoren zu leisten sind.
 Der Entwurf der Richtlinie soll in den Fachausschüssen diskutiert und gemeinsam mit dem Büro fertig gestellt werden.
 Mit dieser Richtlinie stellt die Stadt Werneuchen von vornherein klar, unter welchen Voraussetzungen künftig eine Baulandentwicklung in der Stadt möglich wird. Dabei trägt die Stadt einerseits ihrer sozialen Verantwortung Rechnung und gleichzeitig verteilt sie die Infrastrukturkosten, die bislang ausschließlich von der Kommune aufzubringen waren, auch auf die Investoren, die eine Baulandentwicklung aus eigenen wirtschaftlichen Beweggründen betreiben.
 - Entwicklung Bahnhofsumfeld (gemeinsame Vorlage SPD/Bürgermeister)
 Aus dem gesamten Bahnhofsumfeld Werneuchen soll ein Sanierungsgebiet werden.

Die zu erwartende Höhe der Gesamtkosten für Maßnahmen im künftigen Sanierungsgebiet ist weder durch die Stadt Werneuchen noch durch die Anlieger für die daraus resultierenden Anliegerbeiträge zu tragen bzw. zu leisten. Ohne die Inanspruchnahme von Fördermitteln (bspw. Städtebaufördermittel) für das Gesamtvorhaben steht eine Komplettumsetzung in Frage.

Das Gebiet rund um den Bahnhof muss als Gesamtheit betrachtet und erneuert werden. Fördermittel sind dafür einzuwerben. Die seit Jahren durch die Stadtverwaltung betriebenen Bemühungen zum Ankauf von Flächen, angrenzend an die Straße „Am Bahnhof“, von der DB sind eine zentrale Voraussetzung, um das Parkplatzproblem lösen zu können. Der gesamte Bereich ist barrierefrei zu erschließen.

- Bürgerbeteiligung bei Planvorhaben (ebenfalls eine gemeinsame Vorlage der SPD/Bürgermeister
In den letzten Jahren wurde deutlich, dass die Bürgerinnen und Bürger Werneuchens sich gerne stärker an der kommunalen Politik beteiligen möchten und auch neue Formen der Beteiligungsmöglichkeiten erwarten. Dies betrifft insbesondere Investitionsvorhaben, die auch häufig mit Anliegerbeiträgen der Anwohnerinnen und Anwohner verbunden sind. Die durch die Baugesetzgebung oder andere rechtliche Grundlagen vorgeschriebenen Verfahren entsprechen oft nicht in ausreichendem Maße den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger.
Eine für die verschiedenen Planungsvorhaben immer passende Form der Bürgerbeteiligung gibt es nicht, vielmehr ist jeweils abzuwägen, welches die angemessene – sowohl den Aufwand wie die Wirkung betreffend – Form der Beteiligung ist. Dabei kann auf gute Erfahrungen bei früheren Planungsvorhaben zurückgegriffen werden.
- Resolution RB 25 (Vorlage der Fraktion der SPD)
Die Resolution wird möglicherweise später noch im vollen Umfang verlesen. Deshalb hier nur die drei wichtigen Schwerpunkte:
 1. Erhöhung der Taktfrequenz auf eine halbe Stunde, möglichst von Berlin Ostkreuz nach Werneuchen innerhalb der nächsten zwei Jahre.
 2. Ausweitung der Zugverbindung von 4.00 Uhr bis 24.00 Uhr, um Berufspendlerinnen und –pendlern und auch Nutzerinnen und Nutzern der Kulturangebote in Berlin, die Nutzung des ÖPNV zu ermöglichen.
 3. Verlängerung der Zuganbindung mit stündlichem Takt bis nach Tiefensee.
- Erstellung einer Wohnungspolitischen Umsetzungsstrategie (ebenfalls eine Vorlage der Fraktion der SPD)
Über die Erarbeitung einer WUS wird im politischen Raum bereits länger diskutiert. Ich denke, dieser Vorschlag stellt den Kompromiss zwischen einem INSEK und der reinen Konzentration auf den FNP dar. Die WUS und die Richtlinie zur sozialgerechten Baulandentwicklung stellen zugleich die Möglichkeit dar, die verschieden Interessen von Gesellschaft, Bürgerschaft und Unternehmerschaft gegeneinander auszugleichen. Das heißt es soll das Zeichen gesetzt werden, dass einerseits durchaus von den Unternehmen soziale Verantwortung abverlangt wird, andererseits aber auch die Möglichkeit Förderung zu erhalten, um sozial schwächeren ein erschwingliches Wohnen zu ermöglichen.
- Änderung der Erschließungs- und Straßenbeitragsatzung (eine Vorlage der Fraktion WiW/WpS)
 - Mit Dr. Becker hat bis heute noch keiner Rücksprache gehalten. Er bietet ausdrücklich die Möglichkeit des Gespräches an und möchte, dass ich Ihnen das nochmals mitteile.
- Im nicht öffentlichen Teil müssen wir uns nochmals mit der Schöffenwahl beschäftigen.
In der vorangegangenen Stadtverordnetenversammlung haben die Kandidaten zwar die erforderlichen Stimmen der anwesenden Abgeordneten erhalten, jedoch nicht die erforderliche Mehrheit aller gesetzlich vertretenden Abgeordneten. Das lag einerseits an der Teilnehmerzahl selbst und andererseits an der Summe der Ja-Stimmen insgesamt.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit